

SOZIALDEMOKRATISCHES VOLKSWORT

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle, Bezirk Merseburg

Das „Volkswort“ erscheint mit Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ der Arbeiterbewegung. Schriftleitung: Dr. Walterstraße 6, Fernsprech-Anschluß Nr. 2403, 2404, 2405. Persönliche Kundenvertretung mittags von 10 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist Recht das Rückporto beizufügen.

Wochenpreis monatlich 1,50 und 0,20 WZ. Aufstellungsgeld. Inverant 2,10 WZ. für 1000er Abrechnung 0,40 WZ. Vorbestellung 2,10 WZ. durch Boten zugestellt 2,50 WZ. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 WZ. — Einzelnenpreis 15 Pf. im Abrechnung und 20 Pf. im Restbetrag der Abrechnung. Geschäftsverhältnisse: Dr. Walterstraße 6, Verlags 2403, 2404, 2405. Verlagskonto 2319 Grund.

Die Nazi-Koalition mit den „feinen Leuten“ will sich dem Volke stellen Hitler-Papen verordnen plötzlich Wahlen Die letzte Hoffnung auf die braunen Goldknechte / Eisene Front kampfenischlossen!

In der Pressekonferenz der Reichsregierung wurde am späten Mittwochabend bekanntgegeben, daß der Reichstag mit sofortiger Wirkung aufgelöst worden ist. Wahltag ist der 5. März. Dendenburgs, Aufstufungsdekret ist veröffentlicht.

Alle von den Nationalsozialisten im Kettentext abgegebenen Erklärungen, aus denen man entnehmen mußte, daß Hitler geradezu darauf brenne, mit seiner Regierungserklärung vor den Reichstag, und zwar vor den im November gewählten Reichstag zu treten, haben sich wieder einmal als eitel und leer erwiesen. Der Mitbewerber der Jungensberg der Zentrumspartei eine Veränderung in den Verhältnissen des Kabinetts herbeigeführt? Zweifellos geben die Fragen der Regierung harte Risse zu machen, zweifellos wäre sie nicht inlande gewesen, sie befriedigt zu beanworten. Aber es ließ sich trotzdem nicht voraussehen, welche Stellung das Zentrum bei der Abstimmung über die Mißtrauensvoten einnehmen würde. Oder fürchte man Schwereiten bei dem geplanten Ermächtigungsgesetz? Aber wären sie eingetreten, so hätte auch dann noch die Möglichkeit der Auflösung bestanden. Es muß also ein anderer Grund sein, der zu dem beschleunigten Schritt Veranlassung gegeben hat, und nach diesem Grund braucht man nicht lange zu suchen: die Nationalsozialisten wollen die „Siegesschlacht“ ihrer Anhänger und die Hoffnungen der Arbeiter deren Erfolgs ausnützen.

Begeisterung ist keine Heringsware. Sie läßt sich nicht einpflanzen. Dem Rauch darf nicht die Zeit gelassen werden, in Aachen jammer unschuldig. Schnell, eh die Brandung der Artikel, der Entlassung und der Anzweiflung wiederkehrt, soll gehandelt werden. Vier Wochen, so kalkuliert man, wird die Trunkenheit anhalten, die Braungewand werden das Abgibt tun, und die Abkühlung, davon ist Hitler und seine Umgebung überzeugt, werden den Nationalsozialisten einen neuen großen Aufschwung, wenn nicht gar die absolute Mehrheit bringen. Sowie so gut!

Aber was denken sich eigentlich die Deutschnationalen bei diesem Unternehmen? Bei dem Jodelzug am Montag hat kein Mensch „Heil Hugenberg“ gerufen, und in der Wahlkampagne wird der Kistenminister ebenso wenig eine Rolle spielen. Wer für die neue Regierung eingekommen ist, wählt Hitler und nicht Hugenberg. Ein Trost mag es für die Deutschnationalen sein, daß die Auflösung fürs erste die weitere Behandlung der D. N. Hilfsskandale im Haushaltsausschuß unmöglich macht. Doch der Trost ist mager. Einmal gibt es noch den Überwachungsanspruch, vor allem aber müssen sich die derzeitigen Verbündeten der Nazis über das Ziel der Reize im Klaren sein. Die Fächer der Satenkreuzer werden, um so geringer wird der Einfluß der Hugenbergs, und die immer noch immer nicht ganz aufgeklärten Umstände zustande gekommene Koalition kann ein schnelles Ende nehmen.

Diese feinen Herren haben sich gemäßigt, im Kabinett die härtesten Positionen zu besetzen. Nicht mit Unrecht hätte man sich in der Zeit nur des Ausmaßes gefreut. Doch sie hätten besser geschwiegen und sich zurückgehalten. In den Reihen der Nationalsozialisten hing es zu großen an, und der Fingel, der, sei es aus Überzeugung, sei es aus Opportunismus, Sozialpolitik treiben möchte, zeigte recht offen feine Mißbehagen über die Verstimmlung des Arbeitsministeriums und die Vereinigung weitestgehender Machtvollkommenheiten in der Hand eines Mannes, an dessen antifolischen Willen kein Zweifel bestehen kann.

Wieder einmal lesen am Mittwoch Ge-

rächte von einem bevorstehenden Verbot der Kommunisten um. Man hatten wir die Regierung nicht für töricht genug, ein solches Verbot in diesem Augenblick zu erlassen. Schon deshalb nicht, weil sie in den Kommunisten einen Sturmborn gegen die Sozialdemokratie sieht. Eine andere Frage aber ist, ob sie zu dieser Maßnahme nicht auch der Wahl greifen und mit ihr die Befestigung der kommunistischen Mandate verbinden wird. Zutrafen ist den Herren alles. Fürs erste scheinen sie sich mit einer Terznotverordnung begnügen zu wollen.

Die Sozialdemokratie steht wieder einmal vor schweren Kampftagen. Jetzt wird die Entscheidungsschlacht geschlagen. Siegt der

Faschismus, so ist es mit den elementarsten Rechten des Volkes auf unabsehbare Zeit hinaus zu Ende. Wird er am 5. März geschlagen, so ist er für immer geschlagen. Wir sind sicher, daß das arbeitende Volk die Situation erkennt und seine Pflicht und mehr als seine Pflicht tun wird. Es wird, um Hitler und Hugenberg niederzulegen, seine ganze Kraft und seinen ganzen Optimismus aufbringen. Mit der Arbeiterkraft aber sollen sich alle die verbinden, die noch ein Empfinden für die Demokratie und für ihr politisches Selbstbestimmungsrecht besitzen.

Unsere Parole:
Freiheit gegen Knechtschaft

Stimmzettel statt Brot

Das ist Adolf Hitlers „Rettingsprogramm“

A. W. Halle, den 2. Februar.

Wählt Hitler! Gebt ihm die politische Macht, und er wird euch aus dem Elend erretten! Das war der Tenor aller nationalsozialistischen Reden und Schriften. In seiner Schreibstube, so vertündete der „Führer“, liege der Rettungsplan fertig da, und er werde ihn dem deutschen Volke vorlegen, wenn ihm die politische Führung übertragen werde.

Seit Montag ist Herr Hitler Reichstanzler, aber vergebens haben wir darauf gewartet, daß uns das Rettungsprogramm bekannt gemacht wird.

Endlich — gestern abend — sollte unsere Neugierde befriedigt werden. Um 20 Uhr, so wurde vorher mehrfach im Rundfunk angefangt, wurde Reichstanzler Hitler einen Aufruf an das Volk durch Rundfunk betanngeben. Und wirklich, wir sprachen, Geduldig hielten wir seine Rede, die angeblich die Zustimmung des gesamten Reichskabinetts gefunden haben soll, bis zu Ende an. Dann aber sahen wir uns erst einmal an, ob wir noch da sind.

Das sollte ein Programm sein, sollte sogar ein Rettungsprogramm sein, von dem zwölf Millionen Wähler und mehr ermarren, daß es nun endlich besser werden soll. Nein, beim besten Willen, den wir auch einem politischen Gegner gegenüber aufzubringen vermögen: wir konnten auch nicht ein Minimum von positiven Maßnahmen entdecken, die auch nur die geringste Hoffnung zuließen, daß dieser Mann dem wirtschaftlichen Elend des deutschen Volkes ein Ende machen könnte.

Was Hitler gestern sagte, das hat Herr von Papen vor Monaten und Herr von Schleicher vor Wochen viel schon gesagt, ohne daß nachher auch nur das geringste zu spüren war, daß die beiden Vorgänger Hitlers einen Weg aus der Wirtschaftskrise fanden. Worin herr Hitler die Herren von Papen und von Schleicher übertraf, das war die Art, wie er über Marxismus und Bolschewismus weiterte. Der Marxismus habe das Elend verschuldet. Der Mann will Reichstanzler sein, der nicht weiß, aber — was dann noch schlimmer wäre, nicht wissen

will —, daß das heutige Wirtschaftssystem, das auch in Deutschland die Führung hat, kapitalistisch und antimarkistisch ist, daß der Marxismus es leidet Dank der Unvernunft der Wähler die Welt noch nicht geschafft hat, seinen Einfluß auf die Wirtschaft in dem Maße auszuüben, daß die von ihm propagierten Wirtschaftsgedanken, die allen Wirtschaftskrisen verhindern könnten, durchgeführt werden. Das wären allerdings Gedanken, die zum Sozialismus führen. Aber Sozialismus will auch Hitler nicht.

Das wird uns immer klarer, seitdem er mit Herrn Hugenberg zusammen eine Regierung gebildet hat. Selbst der „Wohlfahrtsstaat“, den Herr von Papen so hoch, jetzt geht auch Herr Hitler zu weit, denn in seinem Aufruf erwähnte er wohl so beiläufig, daß für den Arbeiter auch bei Krankheit und im Alter gelorgt werden soll (aber wie?), jedoch für die Fürsorge für die Erwerbslosen hörte man nichts. Da gibt es nur ein Rezept: Arbeitsdienstpflicht. Und Arbeitsdienstpflicht, das bedeutet Verflistung der Arbeiterschaft, bedeutet Zurücknahme mit allen Tarifverträgen, bedeutet Entlohnung aller Löhne auf die Hälfte und mehr der bestehenden Lohnsätze.

Dafür aber erwartet uns das große Glück, daß es uns in vier Jahren glänzend geht. Denn der Bolschewik-Herr hat von dem Oberbolschewisten Stalin seinen Rettungsplan abgekauft. Wie Stalin seinen Fünfjahresplan, so will Herr Hitler seinen Vierjahresplan haben, an dessen Ende dann das höchste Glück steht, das uns Deutschen befehrt werden kann.

Was wird Hitler in den vier Jahren, wenn sie ihm gewährt werden, tun? Von wirtschaftlichen Maßnahmen hat er kein Wort verraten, desto mehr aber von politischen: den Bolschewismus und den Marxismus beseitigen. Darin besteht sein ganzes Rettungsprogramm. In diesem Punkte gefehen wir ihm den ehrlichen Willen zu. Mit dem Bolschewikensprechen will Herr Hitler das deutsche Volk einfangen. Da mit will er Neuwahlen machen, die man mit allen

Mitteln, vom monopolistischen Mißbrauch des Rundfunks, von der Beeinflussung der unter Druck gesetzten bürgerlichen Presse angefangen bis zum nationalsozialistischen Terror nach rumänischem Vorbild, für sich auszunutzen verleben wird.

Stimmzettel statt Brot!

Das ist das Rettungsprogramm, mit verheuten und irreführenden Wählern will Hitler bei den bevorstehenden Wahlen den Marxismus geschmettert. Und wenn ihm das wieder nicht gelingt — und es wird ihm nicht gelingen —, dann wird Herr Hitler die vier Jahre, die er sich ausbedungen hat, dazu benutzen, um die marxistischen Parteien durch Gewalt zu vernichten. Nicht umsonst hat er sich so wichtige Schlußfolgerungen, wie die Reichsmehr und die Polizei, in die Hände spielen wollen, nicht umsonst verlangt, daß die S. L. in die Polizei eingereicht wird. Und als ideologischer Unterbau für den Kampf gegen den Marxismus soll die Erziehung der Jugendkinder auf dem Wege der Arbeitsdienstpflicht dienen. Dafür spricht schon, daß ein früherer Mitarbeiter der Oberst a. D. Hierl, ein fanatischer Anhänger Hitlers, Reichstasminister für die Arbeitsdienstpflicht werden soll.

Seht kennen wir Adolf Hitlers „Rettingsprogramm“. Wir gefehen, wir haben nicht viel mehr erwartet. Aber die Wähler, und besonders die, die nationalsozialistisch gewählt haben, werden mehr erwartet haben. Ihre Enttäufung wird riesengroß sein. Werden sie aber auch die Konsequenzen ziehen und nun nicht mehr einem Phantom, das Adolf Hitler heißt, nachjagen? Wir wollen es hoffen! Was an uns liegt, so werden wir unseren Kampf gegen politischen und wirtschaftlichen Diktatorismus nicht aufgeben, sondern ihn noch verstärken.

Wir sind überzeugt, daß dasselbe Volk, das jetzt Adolf Hitler zugejubelt hat, uns einstmals danken wird, wenn wir diesen Mann wieder befeitigt haben werden und mit ihm die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die vom Sozialismus abgelöst werden wird.



Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre der Eisernen Front
 Heute, Donnerstag, um 18 Uhr findet im „Volkspark“ ein Appell aller Funktionäre der Eisernen Front statt. Zur Teilnahme verpflichtet sind alle Funktionäre der Organisation, die der Eisernen Front angeschlossen sind. Die Funktionärskarte ist am Einlassung vorzulegen.

2. Abteilung. Alle Kameraden und Kameradinnen haben heute nachmittags 6.30 Uhr im „Volkspark“ anzutreten. Kräfte mitbringen!

Betriebsräte, Funktionäre und Vertrauensleute der freien Gewerkschaften heute abend 18 Uhr im „Volkspark“.

Vater, Mutter, Arbeiter, Angestellter, Beamter! Ihre Selbstfreiheit, gegen Schulden! am Sonntag, 4. Februar, 20 Uhr, im „Volkspark“. (Siehe Anzeige am Freitag.)

„Unzulänglichkeiten“ der Getränkesteuer

Die Gemeindegeldsteuer erfährt sich ganz naturgemäß bei den Gewältern nicht besonderer Beliebtheit. Die Gewälterverbände propagieren eifrig die Abschaffung dieser Steuer, wobei sie besonders betonen, daß diese Steuer eine unumoralische sei, da sie zu Verleihen gegen die Bestimmungen über die Einziehung gezwungen anreize.

Das scheint in Halle in ganz erheblichem Maße der Fall gewesen zu sein, denn der Magistrat hat vor einiger Zeit Kontrollen über die Einziehung der Getränkesteuer in den verschiedenen Lokalen durchführen lassen. Man hat dabei die Feststellung machen müssen — hauptsächlich in den größeren Lokalen der Stadt erhebliche Beträge für steuerpflichtige Getränke nicht eingezogen worden sind. So handelt es sich allein bei der Firma Böttel u. Proskowski um einen Betrag von ungefähr 60.000 bis 70.000 RM., nach einem Steuerbericht von ungefähr 6000 bis 7000 RM. bedeutet, für den die Firma Böttel dem Magistrat allerdings haftet. Die Haftung der Nachveranlagung ist von der Firma Böttel jedoch verweigert worden, obwohl man wissen mußte, daß der Absatz der Steuergetränke nicht dem steuerpflichtigen Betrage entspricht.

Wenn die vom Magistrat verlangte Steuerertragsrate die Firma gerichtliche Entscheidung befragt. Die Entscheidung des Kammergerichts wird für den 3. Februar erwartet. Sie wird auch klären darüber bringen, ob die nicht ordnungsgemäße Abführung der Steuer als Veruntreuung, als Vergehen oder aber nur als Nebenunterschied anzusehen ist.

Halle verliert einen Prozeß

Zunungunsten der Stadt Halle hat der Reichsausschuß in Weisburg gestern in einer Sitzung die Antilagerbeiträge in der Raffineriestraße entschieden. Es handelte sich um die Frage, ob durch eine Pfändung, die bei Antilager der Straße vorgenommen wurde, die Raffineriestraße schon als endgültig fertiggestellt angesehen werden mußte. Der Bezirksauschuß hat diese Frage bejaht. Der Stadt entgegen damit Antilagerbeiträge, die sich insgesamt auf eine erhebliche Summe belaufen. Ein ähnlicher Streit (ähnelt noch bezüglich der Raffineriestraße).

Unsere Antwort auf Hitlers Aufruf

erfolgt heute abend 8 Uhr in der Mitgliederversammlung der SPD. im „Volkspark“. Es sprechen:

Dr. Paul Szende (Paris)

der erste Finanzminister der ungarischen Revolutionsregierung

Dr. Paul Hertz (Berlin)

Reichstagsabgeordneter

Mitgliedsbuch mitbringen! — Eingeführte Gäste haben Zutritt!

Die hallischen Metallarbeiter gegen kommunistische „Einheitslisten“ bei der Betriebsrätewahl

Am Dienstag traten die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten hallischen Betriebsräte zu einer Funktionärbesprechung zusammen, um Stellung zu nehmen zu den bevorstehenden Betriebsräteahlen. Nach eingehender Aussprache in der einmütig die Aufstellung von Kandidaten, daß die sogenannten „Einheitslisten“ als reine Parteiangelegenheit der KPD, eine Schädigung der Arbeiterinteressen darstellte, wurde die nachfolgende Entschließung einstimmig gefaßt:

Die im DMB organisierten Betriebsräte der hallischen Metallindustrie nehmen in ihrer Sitzung vom 31. Januar Stellung zu den bevorstehenden Betriebsräteahlen und bringen zum Ausdruck, daß der Grundsatz der Einheitsliste mehr denn je ein geschlossenes

Auftreten der Arbeiterschaft erfordert.

Aus dieser Erkenntnis rufen die verantwortlichen Betriebsräte an die hallischen Metallarbeiter den dringenden Appell, jede Zerstückelung abzulehnen und geschlossen die Wahl ihre Stimme nur den sozialdemokratischen Vorkandidaten zu geben.

Diese Entschließung der hallischen Metallarbeiterbetriebsräte stellt nicht nur eine ernste Mahnung an alle dar, die immer noch mit der KPD-Sinie liebäugeln, sondern darüber hinaus ist diese Entschließung auch der Ausdruck des Kampfwillens für die Einigung der Arbeiterklasse auf der Linie der freigewerkschaftlichen Organisation.

Lärm mit ministerieller Genehmigung

Kadetten der hallische „Siegesmarß“ der Harzburger Front nur eine große Meute gebildet haben, verhalten die Nazis nachträglich in ihrem Verhalten ausgenommen, wie es hätte sein sollen. Denn bei einer Teilnehmerzahl von 6000 haben sie die Marschierenden schon sehr gut doppelt gezählt. Selbst die „Saale-Zeitung“, die sich mit großem Schwingen wieder den Nazis (bis auf weiteres) in die Arme geworfen hat, hält 3500 schon für die äußerste Grenze des Erlaubten. Unter diesen 3500 sollen nach der „Saalezeitung“ allein 1200 Stahlhelmer gewesen sein. Rechnet man nun noch die zweitausend nationalsozialistischen Studenten dazu, die es nach Meinung der Nazis in Halle gibt, dann bleiben für die Nazis, für ihre SA und SS, nur noch gerade 300 Mann übrig. Gewiß ist die Zahl der Stahlhelmer zu hoch gegriffen und es wird über die Zahl der Nazis etwas erdoben. Im ganzen aber ist die Beteiligung an diesem Lärm doch erheblich gewesen. Mehr die Nazis hatten in Halle rund 500 Stimmen. Dazu kamen noch die Stimmen der Deutschnationalen, des Stahlhelms.

Wo waren all diese Vertreter der Reaktion, die da dem neuen Kabinett Hitler-Papen-Seydewitz ihre Audienz darbringen sollten? Ganz Halle soll nach der Meinung der Nazis dem Reichsführer Hitler ausgeliefert haben. Aufeinander werden die Riederrufe der hallischen Arbeiterschaft, die sich nicht weigern lassen, als Aufgebots für den neuen Herrn anzufaßt. Bei solchen Maßnahmen wird sich noch eine ungeheure Popularität für die Nazis ergeben.

Einigermaßen erlaubt ist man weiter, wie gut sich die Nazis plötzlich mit der hallischen Polizei abgefunden haben. Nachdem sie noch Anfang dieser Woche sich bemüht hatten, den besagten Brägel zu erinnern und wußtensraubend nach dem Raub riefen, wird jetzt der Polizei ein öffentliches Lob in dem Naziblatte ausgesprochen. Weiter wird jetzt auch der Kommunistische Kampf, der das Dementi „Nazi“ bearbeitete, aus seinem etwas sehr lang geratenen Ablauf zurückgeführt. Fahnen genug hat er ja zu den Besten seiner Wohnung herausgehängt. Schwer wird es nur dem neuen Reichsinnenminister werden. Er wird sich vor Anklagen kaum retten können. Die hallische Ortsgruppe hatte ihn ja auch schon zum Eingreifen in Halle in Bewegung gesetzt. Die Hallenser haben es, wie man aus dem Naziblatte erfährt, dem neuen Reichsinnenminister persönlich zu verdanken, daß ihm Besetzung bis nach Witternacht auf den Straßen der Stadt gelärmt wurde.

Nach außen hin ist bei der Harzburger Front alles in Butter. Das scheint aber nur so, denn in Wahrheit liegen sich die Brüder jetzt noch in den Haaren. Gleich unter den Verdächtigten über die „nationale Einigkeit“ beim Festlegung geben die bürgerlichen Blätter eine Erklärung der bürgerlichen Stadteroberungsaktion zur Broomforth-Strasse wieder. Den drei Brandstücken im Stadtparlament wird von ihren Bundesgenossen wieder einmal befehleigt: „Sie müssen noch sehr viel lernen, meine Herren!“

Auch die Nazis setzen ihren Kampf gegen die Erklärung des Broomforth-Gebäudes in Halle fort. Deshalb stellen wir fest, daß sie allein die Entladung in dieser Frage in der Hand haben. Streifen ist doch jetzt völlig in der Hand der Nazis.

Nit geschwiegenem Spaten...

Vor dem hallischen Schnellrichter stand gestern ein junger Kommunist. Er war am Dienstag von der Polizei am Unterberg bei einer Schlägerei zwischen Nazi-Studenten und einer Anzahl kommunistischer Angehörigen worden. Der festgenommene Kommunist hatte das bei anderer Bech, einen sozialistischen Spaten bei sich zu führen. Wegen ihn wurde daher nicht nur Anklage wegen Teilnahme an einer fortgeführten Mißhandlung erhoben, sondern auch wegen unbelegten Fahren eines zum Schlagen geeigneten Spates. Aus den Aussagen eines als Zeugen benannten Politanten und des Polizeibeamten, der die Festnahme durchführte, ging aber nicht hervor, daß der Inhabiter auch tatsächlich geschlagen hat. Es mußten daher erst noch weitere Ermittlungen angeleitet werden. Darum wurde die Sache für die Staatsanwaltschaft abgegeben. Während der Verhandlung befragte sich der Angeklagte, bis die Rede auf seinen Spaten kam, darüber, daß die Nazis ungehindert zu jeder Zeit mit Spaten herumlaufen dürfen, wogegen ein Kommunist, wenn er das gleiche tut, sofort gefangen würde. Damit hatte er zweifellos recht. Aber auch der Staatsanwalt hatte recht, als er darauf erklärte, daß er keine Anklage erheben könne, wenn solche Fälle nicht angezeigt würden.

Hier liegt eben der Reiz im Pfeffer! Es scheint, als ob die Polizei Anweisungen hätte, die inpatentgebundenen Nazis (und Stahlhelmer) unbehelligt zu lassen. Anders kann man es sich doch nicht erklären, daß ja B. bei dem Festlegung Broomforth-Str. heute Spaten trug. Darum ist da nicht einmal eine Unterjagung angeleitet worden, ob diese Spaten nicht etwa auch geschliffen sind?

Mitteldeutsche Landesbank 1932

Starke Liquiditätsverbesserung. — Wachsende Bilanzsumme.

Die Mitteldeutsche Landesbank, die schon das Vorkriegsjahr 1931 erfolgreich und ohne Einbuße an ihrer Finanzkraft überstanden hatte, war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr den hohen Anforderungen gewachsen, die sich insbesondere aus ihrer Eigenschaft als Zentralbank der Sparten, Gemeinden und Gemeinverbandsverbänden ergaben. Auch ihren regulären Aufgaben hat sich die Landesbank mit allem Erfolg gewidmet: in den meisten Geschäftsbereichen war eine günstige Weiterentwicklung zu verzeichnen, die auch in dem Anstiegen der Bilanzsumme (einstiel. der Bilanzsumme der Kommunalbanken) von

TAGE
50
PREISE

Krausenschuhe mit Kappe und Fleck. Leder-sohle, Größe 30-30	Kragenschuhe mit Leder-sohle, G. 086 36-42 u. a. rein Kamelhaar und Wolle, mit Kappe und Fleck	Knedschuh schwarz u. braun, Gr. 23-30	Damen-Spangenschuhe mit Blockabsatz schwarz braun u. Lack Größe 36-42	Rinder-Abschuh mit fester Sohle Gr. 36-46	Herrenstiefel schw. Rindsch. gediegene Form, alle Größen
Tuchhause in viel Farben, div. Größen	Schnallenschuhe m. Leder-sohle, Größe 36-42	Kinder-Halbschuh schwarz u. braun, Gr. 23-30	Herrenhalbschuh schwarz u. braun, gedopp. alle Größen	Damen-Spangenschuh schwarz u. braun Boxcall lack, mit Blockabsatz Größe 36-42	Damen-Sportschuh schwarz u. braun, gutes Material
Türkenpanntoffel G. 086 27-42	Lauchenschuhe mit Leder-sohle, G. 086 36-42	Kinder-Spangenschuh schwarz, mit dauerhalt. Gummisohle G. 086 27-35	Uberschuhe , Stoff und Gummi für Kinder u. Damen		Damen-3-Oesenschuh schwarz m. Elchschwartzlerg.
Panantoffel , gutes söchs. Fabrikat, Restposten	Restposten Winterware zu 5 Spottpreisen				

HÖNIGSBERG Halle, Gr. Ulrichstr. 54
 Ein neuer Beweis unserer Leistungsfähigkeit!

Hitler antwortet nicht...

Die Fragen des Zentrums nach Sozialpolitik und Verfassung

Die von der Zentrumspartei am Dienstag an die Hitler-Regierung gerichteten Fragen lauten:

1. Die Zentrumspartei wünscht über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung genaue Aufklärung zu sein.
2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzelfragen: a) Welche Sicherheiten können seitens der Reichsregierung dafür gegeben werden, daß ihre Maßnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten? b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür, daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstands ein Verfassungswidriges Handeln ergriffen werden? c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preußen anzufügen, und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen? d) Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des bürgerlichen Berufsstandes wie auch aus volkswirtschaftlichen und nationalen Gründen die Wiederherstellung des umfassenden Erbschaftsrechts in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände durchzuführen? e) Ist die Reichsregierung bereit, die größten sozialen Schäden der Notverordnungen zu beseitigen und welche Einzelmaßnahmen in dieser Richtung sind von ihr vorgesehen? f) Ist es richtig, daß das Arbeitsamt abgebaut werden soll und wesentliche Teile seiner Zuständigkeiten dem neuernannten Reichsminister unterstellt werden sollen? g) Bedeutet die Regierung das Kon-

stitutionsrecht im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten?

- h) Wie sieht die Reichsregierung zur Wahrung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechts?
- i) Wie denkt die Reichsregierung einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?
- k) Ist die Reichsregierung bereit, Sicherungen dafür zu schaffen, daß jede Form von Inflation unterbleibt und finanzpolitische Experimente, die von gewisser Seite privat propagiert werden, wirksam abgewehrt werden?

Eine Antwort Hitlers ist auf die Fragen des Zentrums bisher nicht erfolgt.

Hitler-Börse

Theorie und Praxis der Hitlerschen Finanzhellehre

Die Berliner Börse hat sich mit Adolf Hitler und seinem Kabinett auseinandergesetzt.

Am Montag, als die Nachricht von der Reichsanleiherhöhung bekannt wurde, lag die Börse unruhig und unklar. Am Dienstag sind die Kurse der groß- und kleinrentlichen Staatspapiere stark angefallen. Auch die Berliner Wertpapierbörse stand, dem Beispiel der Getreidebörsen folgend, am Dienstag im Zeichen der Haulte. Das mag mit der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage durch die großen Wirtschaftskreise und Unternehmenskreise zusammenhängen. Am Montag hatte man in vielen Kreisen die Vermutung des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums in der Hand des Herrn Hugenberg argwöhnlich. Vor allen Dingen besorgte man daraus alle Rückschlüsse für die deutsche Exportpolitik.

Allem Anschein nach ist man über Nacht bereits weit ins Staubbild gekommen. Darauf deutet auch die Demonstration der Regierung an der Berliner Wertpapierbörse hin.

Korper fand noch eine andere Demonstration statt, die so recht den Unterschied zwischen Theorie und Praxis in der nationalsozialistischen Bewegung zeigt. Circa 400 bis 500 EW-Beute, die wohl die von Hitler verordnete Entlohnung der Börsenkurven bezeugen wollten, hatten sich vor dem Eingang zur Berliner Börse postiert, langten zu ihrer eigenen Unterhaltung das Herr-Breit-Geleit, verhielten jedem der Zeit dafür hatte, es zu hören, daß die Deutsche Brot finden und denen es auf jeden Fall nicht besser geht als unseren niedrig bezahlten Angestellten. Die Polizei ließ die EW-Beute ruhig geschären.

Nachdem sie sich ausgetobt hatten, marschierten sie davon, an dem mächtigen Hauptplatz vorbei, in dem feiner Betonbetriebs-Reinheitsreflex, der den Nazis sehr nahesteht. Klägliches Schauspiel! Einmalig haben diese Leute davon geredet, daß sie die Wörden- und Wankensprüche entgegenwänden. Rang ist es her!

Wahlfkampf als Ablenkungsmanöver!!

Die unabhängige, politische Stellung Hitlers zu den kommenden Wahlen kämpfen der Papen und Hitler u. a. Sie stehen es vor, einen Wahlkampf herbeizuführen, den noch vor kurzem mogende Kreise als absolutes Verbot eingestuft haben, weil er die ohnehin schon ubertrotzigen Begleitende weiter verschärfen und die

wirtschaftliche Arbeit mit neuer Klahrung treffen würde. Man wird die Deutung abwarten müssen. Schon jetzt aber mu sich gezeigt werden, ob der Verdacht nicht liegt, als erfolge der Appell an das Volk nur deshalb, weil die in der Regierung vereinigten gegenulligen Kräfte den Wahlkampf als Ablenkung brauchen.

Dieser Verdacht kann nur entkräftet werden, wenn die Regierung, die bisher nur all Personalveränderungen provoziert hat, ein klares, eindeutiges, ausführliches Programm vorstellt, das keiner der brennenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen ausweicht.

Warum hat Kanzler Hitler noch nicht den „Versailler Schandvertrag“ zerrissen?

Der „Führer“ hat tausendmal versprochen, es sofort zu tun!
Fragt die Nationalsozialisten, fragt sie uberal und immer wieder!

Erbarmliche Nazisheker

Sie bleiben die Beweise schuldig

Mit einer ebenso kluglichen wie widerlichen Waffe hat der unter geistigen Gesichtspunkten der Nationalsozialisten im Reichsgericht verurteilte Herr Dr. Freisler die Angeklagten der Versailler Schandvertrage in den Augen der Reichsgerichte als absolute Verurteilten dargestellt, weil er die ohnehin schon ubertrotzigen Begleitende weiter verschärfen und die

Wohnungsfrage und Wohnungsbedarf brachte den schulligen Beweis, da in Deutschland in den nächsten drei Jahrzehnten mit einem Zuwachs von 3 bis 3 1/2 Millionen Haushaltungen grorednet werden müsse. Die Kopfhor der Reichsgerichte wurde bereits um das Jahr 1945 mit etwa 67 bis 68 Millionen ihren Hauptpunkt erreichen und alsdann zurückgehen. Trotzdem, in Folge des Aufstiegs der besiegten Kriegsgewinne in den betriebliehen Werten und der verlängerten Lebensdauer, der Bestand an Ehen und Haushaltungen noch weiter zunehmen und erst um das Jahr 1960 seinen Hauptpunkt erreichen. Das bedeutet, da für diesen Zuwachs eine etwa ebenso groe Zahl von Wohnungen erforderlich wird.

Bredacherische Drohungen

Eigener Bericht

Breslau, 1. Februar.

In Reichsstadt (Gulenberg), einem Stadtzentrum Schlesiens, drohte der Reichsminister Freisler in einer Versammlung: Hitler werde mit den Schulden, die Deutschland in 14 Jahren an den Ausland gebracht haben, restlos aufzuräumen. Wer doch noch „Heil Wroslau“ rufe, der werde erschlagen. Adolf Hitler werde die Arbeitslosigkeit heiligen und Deutschland davon ubersorgen, da er das Spiel ist, und die sich dann noch nicht übergehen lassen, werden am Gaigen baumen.

Hitler-Regime - Lohnabbau

Eigener Bericht

Breslau, 1. Februar.

Das Hitler-Regime beginnt im Zeichen neuer ochstatiger Lohnabbau. In der oberirdischen Kalkulation wurden laut Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in Oppeln die Löhne der Arbeiterklasse um 3 Pfennig pro Stunde gedrückt. Die Gewerkschaftsfreier haben den Schiedsspruch abgelehnt.

Kriegsopfer fordern

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserblichen, der sich am Dienstag mit der Lage der Kriegsoververfolgung beschäftigte, wiederholt auch gegenüber der Regierung Hitler-Bepan seine Forderung auf Beteiligung aller Rotverordnungsmanahmen, durch die die Lage der Kriegsoververfolgten werden soll.

In einer Einschlieung, die Hitler telegraphisch übermittelt wurde, heit es: „Die alten Frontsoldaten und ihre Hinterbliebenen erwarten, da nach den Versprechungen des Reichstanzlers Hitler die erforderlichen Manahmen ungeschehen gelassen werden und die unentgeltliche Not der Kriegsoververfolgten wird. Der Reichsbund fordert die Erhaltung und den Ausbau des bewährten Mitbestimmungsrechts der Kriegsoververfolgten in der Durchführung der Versorgung und Beschäftigung. Gegen die Wusth, die Versorgungsverwaltung dem Reichswehrministerium zu unterstellen, wird der nachdrücklichste Protest erhoben.“

Politik in Nazi-Thüringen

Weimar, 1. Februar.

Das thüringische Innenministerium hat eine Verfassung erlassen, wonach alle Verklamungen unter freiem Himmel, in denen gegen die Reichsregierung demonstriert oder zum politischen Massen- oder Gewerkschaftsaufstand wird, gem Artikel 132 Absatz 2 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Landesverwaltungsordnung zu verbieten sind.

Wir müssen bauen!

Die Ausubrungen eines Fachmannes

Auf der am Mittwoch in Berlin stattgefundenen Tagung des Deutschen Vereins für Wohnungsreform sprach der Direktor vom Reichlichen Reichsanst. Dr. Burgdörfer über die Frage: Dürfen wir noch bauen?

Burgdorfers Untersuchungen über Bevölkerungsdynamik und Wohnungsbedarf brachte den schulligen Beweis, da in Deutschland in den nächsten drei Jahrzehnten mit einem Zuwachs von 3 bis 3 1/2 Millionen Haushaltungen grorednet werden müsse. Die Kopfhor der Reichsgerichte wurde bereits um das Jahr 1945 mit etwa 67 bis 68 Millionen ihren Hauptpunkt erreichen und alsdann zurückgehen. Trotzdem, in Folge des Aufstiegs der besiegten Kriegsgewinne in den betriebliehen Werten und der verlängerten Lebensdauer, der Bestand an Ehen und Haushaltungen noch weiter zunehmen und erst um das Jahr 1960 seinen Hauptpunkt erreichen. Das bedeutet, da für diesen Zuwachs eine etwa ebenso groe Zahl von Wohnungen erforderlich wird.

Zeppelin-Pläne

Generer traf auf seiner Studienreise zur Untersuchung der Möglichkeiten einer Zeppelin-Verbindung zwischen Holland und Niederländisch-Indien in Batavia ein. Er erklärte, da sich nach seinen bisherigen Feststellungen nur das Gebiet des Roten Meeres für die geplante Luftschiffverbindung als fahrig erweisen werde. Zugoben noch der Meinung, da er in etwa anderthalb Jahren eine dierzehmstufige Luftschiffverbindung Europa-Niederländisch-Indien durchführen sei. Die jeweilige Dauer einer Fahrt ubersehacht Dr. Cakner auf 4 1/2 bis 5 Tage.

Arbeit der Volksfurorge

Die Volksfurorge, gewerkschaftslosenshaftige Verfassungsgesellschaft, gab für 78 Eierfalle im Monat Dezember 1932 rund 240 000 Mark aus. In der Lebensabteilung kamen 10 Regulierungen mit insgesamt 17 800 Mark zur Durchführung. Im Jahresdurchschnitt ist bei der Volksfurorge mit tuglich 30 Eierfallen zu rechnen.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 1. Februar

Doppelte Preise

Bei Beginn und ruhiger Geschäft gingen am Mittwoch die Preise weiter von dem Stand der Vorwoche. Die Notierungen für Weizen, Roggen und Hafer, blieben unverändert. Weizen kostete nunmehr 180,- bis 185,- Mark für 100,- Kilogramm. Die Weizenmehlmahlung wurde um eine Reichsmark erhöhet. Die Notierungen sind weiter folgende:

Getreide	31. Januar	1. Februar
Weizen	180-185	180-185
Roggen	180-184	180-184
Hafer	180-184	180-184
Getreidemehl	112-115	112-115
Weizenmehl	180-215	180-215
Roggenmehl	180-215	180-215
Hafermehl	180-215	180-215
Getreidemehl	180-215	180-215

Jugend ist Zukunft!

Die Zukunft aber wollen wir so gestalten, da die Arbeiterschaft die Nutznieer der Arbeit ist und Not und Elend für immer verschwindet.

Deshalb hinein in die SAJ!

Lebenskalender

Der Lebenskalender der 2. R. 1933...
 1. Sonntag, den 2. Februar, 1933.
 2. Sonntag, den 9. Februar, 1933.
 3. Sonntag, den 16. Februar, 1933.
 4. Sonntag, den 23. Februar, 1933.
 5. Sonntag, den 30. Februar, 1933.

Wahlhalla
 Sonntag, den 4. Februar, 1933, 20 Uhr, im „Volkspark“.
Program:
 Musikalische Darbietung / Lieder für gem. Chor / Das neue Kulturideal / Musikalische Darbietung / Eine halbe Stunde Rundfunk für uns / Musik. Darbietung / Ansprachen: Landvogt / Schlußchor
Mitwirkende:
 Arbeiter-Radio-Bund / Freie Sänger / Rote Kolonne / Deutsch. Freid.-Verband
 Eintrittspreis: 25 Pfg., für Erwerblos geg. Ausw. 10 Pfg.

Kundgebung

Sonntag, den 4. Februar 1933, 20 Uhr, im „Volkspark“.
Program:
 Musikalische Darbietung / Lieder für gem. Chor / Das neue Kulturideal / Musikalische Darbietung / Eine halbe Stunde Rundfunk für uns / Musik. Darbietung / Ansprachen: Landvogt / Schlußchor
Mitwirkende:
 Arbeiter-Radio-Bund / Freie Sänger / Rote Kolonne / Deutsch. Freid.-Verband
 Eintrittspreis: 25 Pfg., für Erwerblos geg. Ausw. 10 Pfg.

Ein neuer Voltrefreer!
Szöke Szakal
Megdo Schneider
Hermann Thimig
 in der groß. Tonfilm-Operette
Das Glück kommt über Nacht

Frische Butter
Gute Butter
 Allerfeinste schweiz.-holst. Molkeri - Tafel-Butter
 Pfd. 1,24
Hammonia
 Verkaufsstellen:
 Halle, Gr. Ulrichstr. 47 — Steinweg 11

Ufa-Theater Alle Promenade
 Morgenrot
Rudolf Forster
 Gehört und gelesen
Jetzt sehen Sie
 in faszinierender Wirklichkeit die in den stürmischen Jahren unserer Zeit
Reine Gänsfedern
 Kress & Co.

Bettfedern direkt von der Fabrik!
 Unser Prinzip, die Federn im eigenen Betrieb fertig zu machen und alsdann direkt an die Verbraucher abzugeben, hat sich in allen Teilen bewährt.
Kress & Co.
 Kleinschmidten 6 und Pfännerhöhe 4.

Reichsbanner o. Schwarz-Rot-Gold
Dröbereien Halle
Tische
Stühle
Gebr. Jungblut

Öffentliches Warenprüfungsamt
 für das Textilgewerbe
 Gladbach Rheydt
Untersuchung Nr. 1
Wir rufen die Wissenschaft zum Zeugen!

Wir rufen die Wissenschaft zum Zeugen!

Lasse es Dir gesagt sein, es liegt nur an Dir!

Seefische billig
NORDSEE
Seelachs
Prachtvolle grüne Heringe
Aus den Rindgereien

Wir lieben unsere Weiße-Wochen-Waren
 einer scharfen Zerrei- und Waschprobe durch ein Öffentliches Warenprüfungsamt unterziehen. Die abgebildete Urkunde bestätigt anerkennend die ausgezeichnete Qualität unserer die so preiswert sind:

Weisse Woche-Wäsche-Angebote
 die so preiswert sind:

umfassende Preislenkung
 - bei unveränderter guter Qualität -
 infolge weiterer Umsatzsteigerung!

Seefische billig
NORDSEE
Seelachs
Prachtvolle grüne Heringe
Aus den Rindgereien

Wisch Tuch
Wisch Tuch
Stroman-Damast
Gerstenkorn Handtuch
Jacquard Handtuch

Damast-Tischtuch
Renforce
Streifen-Damast
Jacquard Handtuch

Kosa
 Schokoladenfabrik
 Verkaufsstellen: Halle, Gr. Ulrichstraße 39, Leipziger Straße 97, Bernburger Straße 25, Große Steinstraße 69, Große Steinstraße 12, Schmeierstraße 26, Weisenhausring 1, 2, Beckplatz, Ellenburg, Leipziger Straße 57, Marsburg, Gothastraße 37, Wittenberg, Coswiger Straße 1.

Wenn jeder
WUTH
HALLE

Kosa
 Schokoladenfabrik
 Verkaufsstellen: Halle, Gr. Ulrichstraße 39, Leipziger Straße 97, Bernburger Straße 25, Große Steinstraße 69, Große Steinstraße 12, Schmeierstraße 26, Weisenhausring 1, 2, Beckplatz, Ellenburg, Leipziger Straße 57, Marsburg, Gothastraße 37, Wittenberg, Coswiger Straße 1.